

Kommission für Wissenschaft,
Bildung und Kultur
CH-3003 Bern

E-Mail an: KJP@bsv.admin.ch

Zürich, 29. November 2019

Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative 17.412 Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter

Sehr geehrte Damen und Herren

GastroSuisse, der grösste Branchenverband der Schweiz mit rund 20'000 Mitgliedern (Hotels, Restaurants, Cafés, Bars etc.) in allen Landesgegenden, organisiert in 26 Kantonalsektionen und vier Fachgruppen, nimmt im Vernehmlassungsverfahren zur Parlamentarischen Initiative 17.412 Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter gerne wie folgt Stellung:

I. Allgemeine Würdigung

Die nationalrätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur schlägt in ihrem Vorentwurf zur Parlamentarischen Initiative vor, die Kantone mittels Anschubfinanzierung in der Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten Angebots im Bereich der Politik der frühen Kindheit zu unterstützen. Ziel ist es, bestehende Lücken in der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung zu schliessen und das Angebot besser zu koordinieren.

GastroSuisse befürwortet das Anliegen der Parlamentarischen Initiative «Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter» (17.412). Handlungsbedarf besteht insbesondere beim Betreuungsangebot. Im Gastgewerbe arbeiten vergleichsweise viele Teilzeitangestellte und jüngere Personen, die inmitten der Familienplanung stecken. Ausserdem ist es weiterhin eine gesellschaftliche Realität, dass Frauen aufgrund der Kinderbetreuung besonders oft Teilzeit arbeiten. Das zeigt sich auch im Gastgewerbe. Während Frauen 39.8 % der Vollzeitstellen besetzen, stellen Sie bei den Teilzeitpensen mit über 70 % die deutliche Mehrheit. Deshalb begrüsst GastroSuisse Massnahmen, welche eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

II. Beurteilung der Vorlage

GastroSuisse befürwortet die vorliegende Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (KJFG) und den vorgeschlagenen Bundesbeschlusses über Finanzhilfen für kantonale Programme zur Weiterentwicklung der Politik der frühen Kindheit. Die bisherige Anschubfinanzierung zugunsten der Kantone hat bewiesen, dass vonseiten der Kantone eine Nachfrage vorhanden ist. Eine zusätzliche Finanzhilfe kann neue, dringend benötigte Impulse auslösen.

GastroSuisse würde es jedoch begrüßen, wenn der Verwendungszweck der zusätzlichen Mittel enger definiert wäre und die Anschubfinanzierung auf die Weiterentwicklung der Betreuungsstrukturen fokussieren würde. Eine bessere Kinderbetreuung trägt mehreren gesellschaftspolitischen Zielsetzungen gleichzeitig Rechnung. Dazu gehören neben der Chancengerechtigkeit der Kinder die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräfte-Potenzials, die Frauenförderung in der Arbeitswelt sowie die finanzielle Situation von Familien und alleinstehenden Elternteilen.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

GastroSuisse



Casimir Platzer
Präsident



Severin Hohler
Leiter Wirtschaftspolitik